

„Post für 006“ – 15. Juni 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiter,

auch heute heißt es wieder: „Post für 006“!

Aktuelle politische Situation

Sie haben alle sicherlich die unionsinterne Auseinandersetzung über die Masterplan von Innenminister Seehofer zur Flüchtlingspolitik intensiv verfolgt. Gerne möchte ich Ihnen meine Sicht zu dieser Thematik darlegen:

1) Innenminister Seehofer hat **mit Unterstützung von Angela Merkel** einen Masterplan zur Ordnung und Steuerung der Migration nach Deutschland ausgearbeitet. Dieser Masterplan schließt bereits ergriffene und neue, zusätzliche Maßnahmen ein.

2) **Leider kennen wir als CDU-Abgeordnete diesen Masterplan** im Detail bisher noch gar **nicht**. Wir wissen darüber nur das, was Innenminister Seehofer am Dienstag in der Fraktion berichtet hat, u.a. zur Zurückweisung von bereits in einer EU-Datenbank registrierten Flüchtlingen.

3) Gestern hat **Angela Merkel** in der Fraktion klargestellt, dass sie den **Masterplan**, den sie in Gänze kennt, im Prinzip **unterstützt**. Nur in der Frage der Zurückweisung an der Grenze ist die Bundeskanzlerin anderer Meinung als Innenminister Seehofer.

4) Angela Merkel ist der Überzeugung, dass durch Alleingänge Deutschlands vor dem EU-Gipfel am 28./29. Juni **eine gemeinsame europäische Lösung nicht mehr möglich ist**. Vielmehr sehen sich dann vielleicht auch andere Länder, auf denen großer Migrationsdruck

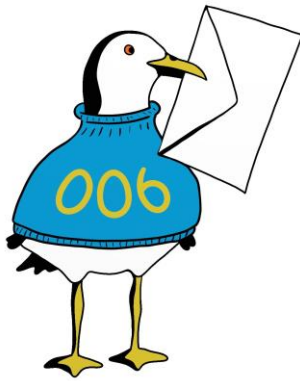
herrscht, gezwungen, eigene nationale Maßnahmen in die Wege zu leiten. Dies wiederum könnte **mehr Risiken als Chancen für Deutschland** erzeugen.

5) Deswegen hat die Bundeskanzlerin um Unterstützung dafür geworben, noch zwei Wochen bis zum EU-Gipfel zu warten, um in der Zwischenzeit **Abkommen** zur Zurückweisung von bereits registrierten Flüchtlingen **mit betroffenen Ländern**, wie etwa Italien, **schließen zu können**.



6) Die **Mehrheit der CDU-Abgeordneten unterstützt diesen Kurs**. Die CSU-Abgeordneten nicht. Bevor der CSU-Vorstand am Montag Seehofer den Rücken dafür stärken soll, die Zurückweisung an der Grenze anzuordnen, wird **Wolfgang Schäuble** einen **Vermittlungsversuch** für einen Kompromiss starten.

7) Diesen **Vorstoß von Schäuble** unterstütze ich, denn es muss möglich sein, in dieser zweifellos schicksalsträchtigen Frage eine **vernünftige Lösung** zu finden. In der kommenden Woche soll es dazu Sondersitzungen vom CDU-



„Post für 006“ – 15. Juni 2018

Bundesvorstand und kurzfristig auch von unserer Fraktion geben.

8) In der Sachfrage **unterstütze ich die Zurückweisung** von bereits registrierten Asylbewerbern an der deutschen Grenze. Dies ist gültiges EU- wie nationales Recht. **Inakzeptabel** ist für mich aber der **künstliche Zeitdruck**, den die CSU in dieser Frage aufgebaut hat. Angesichts des unmittelbar bevorstehenden EU-Gipfels ist dies absolut nicht notwendig.

9) Denn wünschenswert ist auf jeden Fall **eine große europäische Lösung**. Wir haben hier schon viel erreicht. Die Flüchtlingszahlen sind durch verschiedene Maßnahmen deutlich zurückgegangen.

10) Wenn der EU-Gipfel nicht das bringt, was sich Bundeskanzlerin Merkel davon verspricht, sollten die **Maßnahmen des Innenministeriums unmittelbar danach in Kraft treten**.

Diese Woche im Plenum

Am Donnerstag haben wir in namentlicher Abstimmung drei Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert:

a) EUNAVFOR MED Operation SOPHIA

Bis zum 30. Juni 2019 haben wir die EU-Operation SOPHIA verlängert und dabei die Mandatsobergrenze unverändert bei 950 Soldaten belassen. Wir beteiligen uns seit 2015 an dieser Mission, deren Kernauftrag die Aufklärung von Schleusern auf der zentralen Mittelmeerroute ist. Die Einsatzkosten für die neue Mandatsperiode belaufen sich auf knapp 24 Millionen Euro.

b) UNIFIL

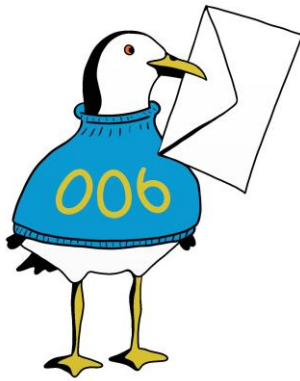
Ebenfalls bis zum 30. Juni 2019 haben wir unsere Beteiligung an der UN-Mission im Libanon verlängert. Auch in Zukunft sollen bis zu 300 Soldaten u.a. den Fähigkeitsaufbau der libanesischen Marine unterstützen. Die Einsatzkosten bis Ende Juni 2019 belaufen sich auf gut 28 Millionen Euro.

c) KFOR

Mit weiterhin bis zu 800 Soldaten wollen wir auch weiterhin dazu beitragen, das mittlerweile relativ sichere und stabile Umfeld im Kosovo beizubehalten. Abweichend von den anderen Mandaten für Auslandseinsätze der Bundeswehr ist die Beteiligung an der KFOR-Mission grundsätzlich nicht befristet. Eine Befassung damit erfolgt alle 12 Monate, wenn dies von einer Fraktion gewünscht wird. Für die nächste Einsatzperiode belaufen sich die Einsatzkosten auf ca. 30 Millionen Euro.

Am Freitag haben wir das jährliche Gesamtvolumen **der staatlichen Mittel, das allen Parteien** (je nach Wahlergebnissen, Spenden, Mitgliedsbeiträgen und sonstigen Einnahmen) **ausgezahlt werden darf** derzeit **165 auf 190 Millionen Euro** („absolute Obergrenze“) angehoben. Wegen der absoluten Obergrenze mussten für das Anspruchsjahr 2017 bereits Ansprüche für alle Parteien in Höhe von rund 27 Millionen Euro gekürzt werden.

Ich teile die Begründung für die Anhebung der teilstaatlichen Parteienfinanzierung: Denn die Rahmenbedingungen für die Aufgabenerfüllung der Parteien haben sich durch die Digitalisierung, den Schutz von IT-Infrastrukturen, Herausforderungen von Fake News, neue inner-



„Post für 006“ – 15. Juni 2018

parteiliche Partizipationsformen oder höhere Transparenz- und Rechenschaftsanforderungen deutlich verändert. **Deswegen habe ich heute für diese Anhebung gestimmt.**

Das „**Hauruck-Verfahren**“, mit dem wir dies beschlossen haben, entspricht jedoch weder den parlamentarischen Gepflogenheiten noch war es notwendig. Man hätte diese Änderung in einem normalen parlamentarischen Verfahren – mit der dafür vorgesehenen Beratungszeit – beschließen können.

Weitere Termine in dieser Woche

In jeder Plenarwoche nehme ich viele Termine wahr, die aus meiner Sicht wichtig auch für unseren Wahlkreis bzw. Schleswig-Holstein sind. Hier finden Sie eine kleine Auswahl:

a) AG Kommunalpolitik

Bereits am Dienstag haben wir in der AG Kommunalpolitik über die Einsetzung der **Kommission zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse** diskutiert.

Aus meiner Sicht geht es hierbei nicht darum, Gegensätze zwischen Stadt und Land aufzuarbeiten, sondern es muss viel mehr über die Themen „**Strukturschwäche**“ bzw. Zugang zu Dienstleistungen der **Daseinsvorsorge** gehen. Eines der Hauptprobleme dieser Kommission ist der **Zeitfaktor**: Erst bis 2020 soll sie konkrete Ergebnisse liefern. Ich meine – auch Zwischenergebnisse sollten schon veröffentlicht und danach ggf. vom Bundestag umgesetzt werden.

b) Arbeitskreis Küste

Im AK Küste haben wir gestern mit dem Geschäftsführer des **Deutschen Maritimen Zentrums** (DMZ), Wolfgang Sichermann, diskutiert. Das DMZ hat sich gerade konstituiert und soll

unsere maritime Branche „sichtbarer“ machen und als unabhängige Stimme Politik und Wirtschaft beraten. Dazu soll es auch eigene Studien durchführen bzw. an Forschungseinrichtungen vergeben.

Ich halte die Gründung des DMZ für einen wichtigen Beitrag, damit unsere maritime Wirtschaft auch weiterhin **innovativ und damit konkurrenzfähig** bleiben kann. Angesichts massiver Investitionen von China in Bereiche, in denen deutsche Unternehmen technologisch (noch) führend sind, wie z.B. im Spezial- oder Kreuzfahrtschiffbau, ist dies auch notwendig.

Termin-Auswahl

15./16. Juni

AG Kultur
Klausurtagung

17. Juni

Reiterverein Westwalldistrikt Nettelsee und Umgebung
Bormsdorfer Turniertage

18. Juni

Bundesverwaltungsamt Kiel
„Maritime Gespräche bei Bier & Sprotten“

20. Juni

CDU Neumünster
Kreisvorstandssitzung

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne: melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!